

Haushaltsgeneraldebatte Gemeinderat Dienstag, 23. Oktober 2018

Die Grünen und Unabhängigen

Sehr geehrte Frau Bosch,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger.

Der uns vorgelegte Haushalt ist mit folgender Zielsetzung überschrieben:

„Konsequente strategische Weiterentwicklung Reutlingens als attraktive, dynamische und wachsende Stadt“

Das ist eine durchaus gute Zielsetzung, die Frage dabei ist, wie sich das konkretisiert und wie sich das im Haushaltsentwurf abbildet.

Für uns Grüne und Unabhängige bedeutet das eine zeitgemäße und innovative Stadtentwicklung – dies finden wir in einigen Bereichen im Haushaltsentwurf abgebildet, in anderen vermissen wir klare und wirklich zukunftsweisende, auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Zielsetzungen.

Zentral bedeutet das: wir brauchen eine Verkehrswende!

Im Bereich Mobilität sind Ansätze zu einer veränderten Verkehrspolitik mit dem neuen Buskonzept und den Entscheidungen zur Regionalstadtbahn gegeben. Zu einer **wirklichen** Verkehrswende gehört allerdings weit mehr. Die Umsetzung des Masterplan Radverkehr können wir nicht auf einen Zeitraum von zehn Jahren verschieben. Wir brauchen einen ambitionierten Ausbau des Radwegenetzes, der Fahrradrouten und Radschnellverbindungen. Wir wollen den Netzausbau im Innenstadtbereich und die Radverbindungen zu den Ortsbezirken zügig voranbringen. **Deshalb beantragen wir zusätzlich jährlich 2 Mio. für den Ausbau und 2 weitere Stellen zur Umsetzung und Förderung des Radverkehrs. Nur so können wir den Umstieg vom Auto auf das Fahrrad fördern.**

In diesem Zusammenhang ist es wichtig, bei dem Ausbau des Buskonzepts auf den Linien in die Ortsbezirke die Möglichkeit der Fahrradmitnahme zu realisieren.

Weiter fehlt uns im vorliegenden Haushalt die Förderung des Fußverkehrs als eigenständiger Bereich, das ist weder zeitgemäß noch zukunftsweisend. Auf dem Deutschen Fußverkehrskongress im Oktober dieses Jahres in Berlin, stellt das Bundesumweltamt fest: **Laufen ist gesund, gut für die Umwelt und ein wichtiger Baustein in der Mobilitätswende.** Hierzu gehört die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum zu verbessern, bauliche Mindeststandards wie beispielsweise rutschfeste, ebene Oberflächen und ausreichende Gehwegbreiten festzulegen.

Deshalb beantragen wir für die Förderung des Fußverkehrs eine Stelle einzurichten und für Umsetzungsmaßnahmen pro Jahr 100.000 € einzustellen.

Fußverkehr trägt wesentlich zur Belebung unserer Innenstadt bei!

Wir thematisieren immer wieder die Belebung unserer Stadt und die Stärkung des Einzelhandels. Mit der Aufwertung des öffentlichen Raumes, halten sich die Menschen gerne dort auf – wir sehen dies vorm Tübinger Tor - das ermöglicht Begegnungen, erhöht die Aufenthaltsdauer in der Stadt und dies wiederum fördert und stärkt somit auch den Einzelhandel.

Hierzu müssen wir mit der Sanierung des Altstadtbereichs vorankommen. Schon die ZIP-Planung – Zukunftsorientierte Innenstadt Planung – 2003 vom Gemeinderat beschlossen – geht von einer weitgehend autobefreiten Altstadt und einem gut gestalteten öffentlichen Raum aus.

Wir fordern den Ausbau der Kanzleistraße einschließlich des Platzes beim Friedrich-List-Gymnasium für 2019 mit 200.000 € Planungsmittel und für 2020 mit 1 Mio. Umsetzungsmitteln.

2016 haben wir ein Antragspaket unter dem Titel „Naturschutz und Urbanität“ eingebracht.

Stadtklima, Baumschutzsatzung, vernetzte Grünzonen im Stadtgebiet, das Anlegen ökologisch wertvoller Flächen, Begrünung von Fassaden – Themen, die wir Grünen im Haushalt bisher nicht entsprechend abgebildet sehen.

Die Städte sind im Bereich Klima- und Naturschutz zunehmend gefordert, ihre Verantwortung zu übernehmen – dies eine Aussage des deutschen Städtetages.

Mit der Einrichtung des von uns geforderten Ökokontos haben wir einen Baustein, aber wo bleibt eine Baumschutzsatzung, wir haben keine Zielsetzung wieviel Bäume pro Jahr neu gepflanzt werden sollen, unser Streuobstwiesenstand hat sich in den letzten 10 Jahren enorm verringert. Hier besteht Handlungsbedarf.

Mit der Darstellung der stadtklimatischen Verhältnisse haben wir eine Grundlage für mögliche Maßnahmen – diese müssen nun folgen! Wir müssen alles dafür tun, dass wir bei zunehmender baulicher Verdichtung genügend Ausgleich durch Grünzonen schaffen.

Daher beantragen wir neben einer Baumschutzsatzung zum Erhalt der Stadtbäume und zur Schaffung ökologischer Grünzonen jedes Jahr 100.000 € in den Haushalt einzustellen.

Dies ist ein Zukunftsthema, ein weiteres Zukunftsthema sind unsere Kinder:

Kinder sind unsere Zukunft - ein Satz, den sicher jede und jeder unterschreibt – wie sieht das bei uns in Reutlingen aus?

In der Kinderbetreuung ist bereits in diesem Jahr einiges geschehen, im Haushaltsansatz sehen wir eine deutliche Steigerung, was die Investitionen und Stellen angeht. Ein großes Problem sehen wir im Mangel an Kita-Plätzen – Reutlingen verzeichnet hier eine Notsituation! Es muss uns gemeinsam gelingen, die zu lange Zeit bei der Gewinnung neuer Plätze – Planungsphase, Bauphase – zu verkürzen. Wir müssen jede Initiative, die Betreuungsplätze

schaft, unterstützen und fördern – wie die Initiative zur Gründung eines Naturkindergartens. In Degerschlacht und Gönningen müssen dringend die Erweiterungen geplant werden – nicht erst in 2 Jahren. Ein großes Thema ist die Personalgewinnung und auch die langfristige Anbindung von Erzieherinnen und Erziehern. Hier dürfen wir nicht nur auf die städtischen Einrichtungen schauen, sondern müssen die freien Träger so finanziell bezuschussen, dass auch diese akzeptable Arbeitsbedingungen halten können. Dazu gehört für die Einrichtungsleitung die Freistellung für Leitungsstunden.

Mit dem im Haushalt von der Verwaltung eingestellten Betrag kann nur ein Teil der Vereine und Initiativen bedient werden, wir fordern deshalb den Betrag um 150 000 € und im zweiten Jahr um 135 000 € aufzustocken.

Die Kinder wachsen heran und werden schulpflichtig – was bietet unsere Stadt?

Wir haben ein breites Schulangebot, um dieses aufrecht zu erhalten, müssen wir die Schulgebäude in Stand halten, sanieren und mit Lehr- und Lernmitteln gut ausstatten.

Für die Schulen hat die Verwaltung ein engagiertes Programm aufgelegt. Sanierungsmaßnahmen im zweistelligen Millionenbereich machen deutlich, dass wir über Jahre die Sanierung unserer Schulgebäude vernachlässigt haben. Auch das ist eine Form von Schulden, die sich bisher nicht in Form von Zahlen dargestellt hat. Jetzt aber müssen wir handeln – und das so schnell wie möglich.

Die Mensen haben großen Ausbaubedarf, sie platzen zum Teil aus allen Nähten wie bei der Rommelsbacher Grundschule und der Mathäus-Beger-Schule.

In der Schulentwicklung werden wir uns weiter dafür einsetzen, dass das Angebot der gut nachgefragten Gemeinschaftsschulen mit einer gymnasialen Oberstufe vervollständigt wird.

Wohnraum zur Verfügung zu stellen, gehört zur Grundversorgung

Unsere Stadt wächst – was tun wir dafür, dass der Wohnungsbau sich entsprechend entwickelt und allen Schichten der Bevölkerung in Reutlingen zu Gute kommt? Mit der Wohnbauflächenoffensive haben wir eine Grundlage, in der Umsetzung sehen wir weiter Mängel. Wir vermissen wiederum im Haushaltsplan eine Stelle, die Baugemeinschaften und alternative Bauinitiativen fördert. Bundesweit haben wir die Situation, dass der Bereich „preiswerter Wohnraum“ und die Schaffung von „preisgünstigem Eigentum“ durch einseitiges Setzen auf Investoren nicht ausreichend ermöglicht wird.

Deshalb fordern wir verstärkt Flächenvergaben an Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt. Um das zu fördern, beantragen wir im vergangenen Haushalt hierfür eine Stelle einzurichten.

Die Entwicklung von Gewerbeflächen steht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Wohnen und Leben in unserer Stadt

Die Gewerbeflächenoffensive wird von uns unterstützt. Der Betrag für strategische Grundstückskäufe muss allerdings von 3 auf 6 Mio. erhöht werden. Neben dem Betz-Areal müssen vorhandene Gewerbeflächen – Wagner-Buckel, Still-Wagner-Areal, manche Gewerbegebiete in den Ortsbezirken wie beispielsweise in Oferdingen – neu geordnet und vermarktet werden. Dazu gehört die Digitalisierung – eine Aufgabe um zukunftsfähig zu bleiben bzw. zu werden. Ortsbezirke wie Ohmenhausen müssen dringend besser an die Breitbandversorgung angebunden werden.

Eine gute und zielgerichtete Wirtschaftsförderung führt zu mehr Gewerbesteuererinnahmen und ihrer Verstetigung.

Bei all dem ist unsere Grundlage, dass wir in einem guten gesellschaftliches Miteinander leben können

Unsere Gesellschaft ist gefährdet auseinander zu brechen, demokratische Grundlagen werden in Frage gestellt, das Thema Menschenrechte für alle und überall gerät ins Wanken.

Wir können in unserer Stadtgesellschaft dafür sorgen, dass wir diesem so wenig Raum geben wie möglich.

In unserer Stadt gibt es wunderbare Ansätze, die das gegenseitige Verstehen und den Respekt untereinander fördern. Initiativen und Vereine stellen sich schwierigen Themen, bieten Plattformen zum Austausch und zur Begegnung. Dort lernen sich nicht nur Kinder, Jugendliche und Erwachsene mit unterschiedlichen kulturellen und religiösen Hintergründen kennen, es können auch Brücken zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Milieus gebaut werden.

Denn auch das Thema Armut spaltet und diskriminiert häufig. Wir wollen die Einrichtungen, die sich in diesem Bereich engagieren durch eine angemessene Bezuschussung unterstützen. An dieser Stelle möchte ich beispielhaft einige dieser Einrichtungen benennen: adis – das Antidiskriminierungsprojekt TALK, görls e.V., Wirbelwind e.V., das TheaterPädagogische Zentrum LAG, Kulturschock Zelle e.V., das soziokulturelle Zentrum franz.K mit dem interkulturellen Open-Air-Festival interKomm!, das Bildungshaus in Migrantenhand e.V. und das Projekt Kids, hier könnten noch weitere genannt werden. **Dazu werden wir entsprechende Anträge stellen.**

Unsere Stadtgesellschaft setzt sich aus nahezu 40 Nationen zusammen – manche sind lange hier, manche wie die Geflüchteten aktuell, sind erst dabei anzukommen. Dabei brauchen sie Unterstützung, damit sie ihren Platz in unserer Gesellschaft finden können.

Deshalb fordern wir den Betreuungsschlüssel von 1 Integrationsmanager*In zu maximal 100 Geflüchteten aufrecht zu erhalten. Das bedeutet eine weitere Stelle in den Haushalt aufzunehmen.

Nun möchte ich zu der **Stellungnahme des Personalrats** zum Haushaltsentwurf und Stellenplan kommen. Darin sind für uns wichtige Hinweise, die grundsätzliche Entscheidungen betreffen. Sie können sicher sein, dass wir uns für die Aufhebung von Befristungen einsetzen und tarifliche Einstufungen, die eine gute Ausgangsbasis schaffen, unterstützen werden. Das

Konzept einer Betriebskita sollte geprüft werden. Hier kann die Stadtverwaltung als großer Arbeitgeber Familienfreundlichkeit und die Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie zeigen.

Finanzierung und Schuldenstand

Mein letzter Punkt betrifft das Thema Schuldenstand. Und hier möchte ich auf meine Anmerkung zurückkommen, die ich im Zusammenhang mit dem Sanierungsstau unserer Schulen und öffentlichen Gebäude – wir könnten auch den Bereich der Straßensanierung dazunehmen – gemacht habe. Wir müssen uns fragen, wie stellen wir unseren Haushalt generationengerecht und nachhaltig auf und wie planen wir eine zukunftsgerichtete kommunale Infrastruktur. Das Neue Kommunale Haushalts- und Rechnungswesen (NKHR) bietet uns die Gesamtsicht auf unseren Ressourcenverbrauch, den Geldverbrauch und den der liquiden Mittel, wie auch eine Darstellung des Vermögens und der Schulden.

Betrachtet man in einem weiteren Schritt den Gesamtkonzern Stadt mit seinen Tochtergesellschaften, ergänzt sich dieses Bild sowohl auf der Vermögens-, wie auch auf der Aufgabenseite.

Das Deutsche Institut für Urbanistik (DiFu) und das Finanzwissenschaftliche Forschungsinstitut Köln (FiFo) untersuchten in einer Pilotstudie eine Möglichkeit für generationengerechtes Haushalten in Kommunen. Ein wichtiger Baustein ist demnach die Berücksichtigung des Effekts heutiger politischer Entscheidungen und Maßnahmen auf die langfristige finanzielle Nachhaltigkeit einer Stadt. Dabei wurde festgestellt, dass die gängigen Indikatoren „schwarze Null“ und Schuldenstadt durch langfristige Indikatoren unter Berücksichtigung des Vermögensstands ergänzt werden. Denn Ziel sei das Erreichen der „grünen Null“, das bedeutet die fiskalischen und ökologischen Herausforderungen in eine Balance zu bringen.

- *die Bezeichnung „grüne Null“ haben nicht wir gewählt – aber eine Assoziation zu uns Grünen ist an dieser Stelle durchaus passend!*

Wir wissen, dass unsere Forderungen und Anträge für den Haushalt Millionenschwer sind, wir wissen aber auch, dass auf Grund der Steuerschätzungen mit Mehreinnahmen zu rechnen ist, dass die Kreisumlage aller Vorrausicht nach gesenkt wird und damit auf der Ausgabenseite eine große Entlastung entstehen wird. Die Gewerbesteuererinnahmen werden steigen. Neben den Streichungen von Projekten, die wir beantragen, sehen wir durchaus eine realistische Realisierbarkeit unserer Forderungen.

Erlauben Sie mir noch einen kleinen Zusatz:

Wenn wir unsere Stadt gut und zukunftsweisend voranbringen, brauchen wir keinen **Markenbildungsprozess**. Unsere attraktive Lage im Biosphärengebiet und im größten europäischen Streuobstwiesengebiet können wir durch die Einrichtung eines Streuobstinformationszentrum im ehemaligen Wohnhaus von Eduard Lucas ins Licht rücken.

Die gute Gestaltung des öffentlichen Raums trägt zum entspannten Einkauf bei.

Der starke Wirtschaftsstandort wird durch eine aktive und innovative Entwicklung über unsere Stadtgrenzen hinaus wahrgenommen werden. Wenn dann das Heinzelmännchen-Areal auch noch zu einem kleinen, feinen Innovations- und Kreativzentrum entwickelt wird, brauchen wir keinen Markenbildungsprozess, um sichtbar zu werden. **Das Geld können wir uns sparen!**

Wir wollen unseren Teil dazu beitragen, mit innovativen Ansätzen unseren Zukunftsaufgaben gerecht zu werden.

Besten Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung für die umfangreiche Arbeit, die so ein Haushaltsentwurf verlangt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Gabriele Janz, Fraktionssprecherin

*Anm. *Die „grüne Null“ könnte hier natürlich auch mehrdeutig verstanden werden**